



HESSISCHER LANDTAG

24. 02. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Schwarz-Grün verschläft die Verkehrswende - Marode Infrastruktur gefährdet Wirtschaftsstandort Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass mit dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün in Hessen auch weiterhin keine moderne und auf die Zukunft gerichtete Verkehrspolitik betrieben wird, noch ist diese mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet. Zudem muss festgestellt werden, dass in den vergangenen sechzehn Jahren die Verkehrsminister von CDU oder FDP gestellt wurden und damit für den in weiten Teilen desolaten Zustand der hessischen Infrastruktur verantwortlich sind.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Verkehrsinfrastruktur in Hessen in Milliardenhöhe unterfinanziert ist und hier schon seit vielen Jahren nur noch auf Verschleiß gefahren wird. In Hessen gibt es aufgrund von unterlassenen Sanierungsmaßnahmen einen erheblichen Investitionsstau, der behoben werden muss. Allein bei Brücken wurde ein Bedarf von ca. 1 Mrd. € ermittelt. Insgesamt beträgt der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen mindestens 4 Mrd. €. Für überregionale Schienenausbauprojekte fehlen in Hessen allein mehr als 6 Mrd. €. Neben der desolaten Situation der Straßen- und Schieneninfrastruktur gibt es auch beim Radverkehr als weiteren Verkehrsträger, nicht nur im Radtourismus, keine Fortschritte. Auch in diesem Bereich hat die schwarz-grüne Landesregierung noch nichts geliefert.
3. Der Hessische Landtag kritisiert, dass im Haushalt 2015 nur 90 Mio. € für den Landesstraßenbau vorgesehen sind und dieser damit deutlich unterfinanziert ist. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen 20 Mio. € mehr für den Landesstraßenbau gefordert, um dem Sanierungsstau wirksam zu begegnen.
4. Der Landtag kritisiert, dass der Öffentlichkeit immer noch keine Prioritätenliste der Brückensanierungen vorliegt, obwohl der Verkehrsminister dies schon mehrfach angekündigt hat. Die anstehenden Sanierungsvorhaben müssen umgehend priorisiert und in ihrer Reihung allen Nutzern bekannt gemacht werden, damit alle Verkehrsteilnehmer und die Wirtschaft Planungssicherheit erhalten.
5. Weiterhin fehlt in Hessen ein schlüssiges Logistikkonzept, das der Bedeutung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges gerecht wird. Hessen liegt in der Mitte Deutschlands und ist damit für Logistiker ein attraktiver Standort. Insbesondere sind sie auf eine intakte Verkehrsinfrastruktur angewiesen und müssen sich rechtzeitig darauf einstellen können, wo saniert wird und dadurch mit Beeinträchtigungen und Verzögerungen zu rechnen ist.
6. Hessen als Bundesland in der Mitte Europas mit hohen Ansprüchen an seine Mobilität benötigt eine Verkehrswende mit einem integrierten Mobilitätskonzept. Es geht hierbei nicht nur darum die unterschiedlichen Verkehrsträger zu integrieren und dabei moderne Technologien wie E-Mobilität und neueste Kommunikationstechniken zu nutzen. Zudem müssen der Individualverkehr und der Öffentliche Personennahverkehr optimal miteinander verbunden werden und den Anforderungen des ländlichen Raums auf der einen Seite und dem Ballungsraum auf der anderen Seite gerecht werden. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die im Wahlkampf angekündigte Verkehrswende nicht einmal ansatzweise umgesetzt wird.
7. Der Landtag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die jetzige Landesregierung zwar immer die Bedeutung einer intakten Schieneninfrastruktur betont, aber sich lediglich das Projekt "Reaktivierung Korbach - Frankenberg" in der Umsetzungs- bzw. Bauphase be-

findet. Bei anderen wichtigen Schieneninfrastrukturprojekten in Hessen gibt es keine belastbaren Hinweise, wann mit dem Beginn von Baumaßnahmen zu rechnen ist.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Lkw-Maut auf allen Straßen einzusetzen, damit die notwendigen Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden können. Schätzungen gehen davon aus, dass durch die Ausweitung bundesweit ca. 9 Mrd. € mehr an Einnahmen für die Infrastruktur generiert werden können und der Umgehungsverkehr verhindert werden kann. Ein Lkw verursacht im Bereich der Straßeninfrastruktur Schäden im Gegenwert von bis zu 60.000 Pkw. Nach dem Verursacherprinzip sollen die Lkw stärker als bisher an den Sanierungskosten beteiligt werden.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechenden Druck auszuüben und sich für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf 8,5 Mrd. € einzusetzen, um die Zukunft des ÖPNV zu sichern. Zudem muss eine Erhöhung der jährlichen Dynamisierungsrate auf 2 % erfolgen. Außerdem ist die Übernahme des Risikos höherer Steigerungen bei den Infrastrukturpreisen durch den Bund erforderlich. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Verkehrsverbände ist dringend notwendig, damit es zu keinen Tarifierhöhungen oder Verkehrsabbestellungen kommt. Der Landtag erwartet insbesondere hier mehr Anstrengungen als bisher vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden und hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung keine originären Landesmittel für den ÖPNV zur Verfügung stellt, anders als in anderen Bundesländern und im Wahlprogramm der Grünen versprochen. Zudem kritisiert der Landtag, dass kein sinnvolles Konzept zur Förderung des ÖPNV vorliegt.

Wiesbaden, 24. Februar 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel